



## Antrag

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AT/0024/2013		<b>Datum:</b>	15.04.2013	
<b>Verfasser:</b>	02-SPD-Ratsfraktion	<b>Az:</b>			
<b>Gremienweg:</b>					
02.05.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP                      öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
<b>Betreff:</b>	<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD, CDU, FDP, FBG und Bündnis90/Die Grünen: Wiedereröffnung der Teufelstreppe</b>				

**Beschlussewurf:**

Der Rat möge beschließen,

die Verwaltung wird beauftragt, den ins Gespräch gebrachten Weg zur Wiedereröffnung der Teufelstreppe aktiv zu unterstützen.

**Begründung:**

Seit der Schließung der Teufelstreppe nach Beendigung des Ausbaues der B 42 wurde aus der Bevölkerung immer wieder der Wunsch nach einer Wiedereröffnung vorgebracht. Dies scheiterte bisher an der Kostenfrage. Im letzten Jahr wurde an zwei Tagen durch bürgerschaftliches Engagement des Verschönerungsvereins Pfaffendorf und der Karnevalsgesellschaft „General von Aster“ Asterstein die gesamte Treppe umfangreich gesäubert. Damit war die Hoffnung einer baldigen Wiedereröffnung verbunden.

Um diesem Ziel näher zu kommen, wurde der Vorschlag an den Oberbürgermeister herangetragen, die Teufelstreppe, die in einem Bereich liegt, der im Sinne des Gesetzes Wald ist, als Waldweg auszuweisen. Damit würden die Anforderungen hinsichtlich der Herstellung der Verkehrssicherheit deutlich minimiert. Der Baumbestand des Niederwaldes könnte im Rahmen der Brennholznutzung auf den „Stock gesetzt werden“. Die notwendigen Schneide – und Kompensationsmaßnahmen (Pflanzungen, Nistkästen, Unterhaltung) würden von den beiden Vereinen übernommen. Dies würde der Stadt Koblenz so gut wie keine Kosten verursachen. Damit könnte angesichts knapper öffentlicher Kassen ein nachhaltiges Beispiel bürgerschaftlichen Engagement darstellen.